

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

Auswertung der Sachberichte der Beratungsstandorte 2021

Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) ist das vom Bund geförderte Grundberatungsangebot in Deutschland für Eingewanderte und Menschen mit Migrationshintergrund ab 27 Jahren. Ziel der MBE ist, die Teilhabechancen Ratsuchender in rechtlicher, sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht zu verbessern, aber auch durch strukturelle Arbeit im Sozialraum zum Gelingen von Integrationsprozessen beizutragen. Das Angebot ist für Ratsuchende kostenlos und wird von den Trägern der Freien Wohlfahrtspflege sowie dem Bund der Vertriebenen an bundesweit 1.371 Standorten vorgehalten.

Dank der Bundesförderung und der zusätzlichen Eigenmittel der Träger konnten bei der Caritas im Jahr 2021 im Durchschnitt 276,83 Personalstellen für rund 445 Mitarbeitende finanziert und 75.025 Personen beraten werden. Auf eine Vollzeitstelle entfielen damit 271 Ratsuchende. Im Jahr 2021 gab es insgesamt 308 MBE-Hauptstandorte der Caritas deutschlandweit und zahlreiche mobile Beratungsstellen.

Jedes Jahr erstellen die Caritas-Einrichtungen der MBE Sachberichte, welche die Situation in den Beratungsstellen sowie aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen vor Ort widerspiegeln. Die Berichte werden in der Zentrale zusammengefasst und ausgewertet, so dass sich einerseits ein umfassender Überblick über die bundesweite Beratungstätigkeit ergibt und andererseits regionale Besonderheiten festgestellt werden können.

Einige Standorte verfassten gemeinsam einen Bericht, sodass in die vorliegende Zusammenfassung Informationen aus insgesamt 258 Sachberichten einfließen. Die Diagramme weisen jeweils prozentual aus, in wie vielen Sachberichten ein Thema oder Schlagwort genannt wurde. Die Auswertung gibt einen Überblick über die Beratungsthemen in der MBE, die Umsetzungen ihrer fachlichen Aufgaben, die Chancen der Online-Beratung sowie Fort- und Weiterbildungsbedarfe der Beraterinnen und Berater in der MBE.

1. Beratungsthemen

Bei dieser offenen Frage nach den herausforderndsten Beratungsthemen wurden im Jahr 2021 die gleichen Themen wie im Vorjahr aufgeführt, jedoch mit einer anderen Gewichtung. Drei Unterschiede fallen im Vergleich zum Vorjahr besonders auf: Das Thema Familienzusammenführung rückte von Platz drei auf Platz zwei der Nennungen. Das Thema Sicherung des Wohnraums rückte von Platz vier auf Platz drei der Nennungen. Als neues Thema kam auf Platz zehn der Nennungen im Jahr 2021 die Situation in Afghanistan hinzu.

Im Folgenden soll näher auf die herausforderndsten Themen eingegangen werden (in absteigender Häufigkeit der Nennungen, siehe hierzu auch Abbildung Nr. 1):

Existenzsicherung und Zugang zu Sozialleistungen (62 Prozent): Dieses Thema wurde auch im Vorjahr am häufigsten genannt (61 Prozent im Jahr 2020). Bedingt durch die Corona-Pandemie und dem damit verbundenen häufigen Verlust der Arbeitsstelle oder der daraus resultierenden Kurzarbeit, verstärkte sich auch im Jahr 2021 für viele Ratsuchende die Notlage. Die Beratungsanliegen zu diesem Thema betreffen insbesondere den Zugang zu Leistungen nach dem SGB II sowie zu Kindergeld und Kinderzuschlag, Elterngeld, Unterhaltsvorschuss, Pflegegeld, Rente, Wohngeld, Kurzarbeitergeld und Leistungen für Bildung und Teilhabe. Aufgrund der vielerorts pandemiebedingt geschlossenen Behörden stellten sich in der Beratung große Herausforderungen ein.

Familienzusammenführung (53 Prozent): Das Thema hat gegenüber dem Vorjahr (45 Prozent) stark an Wichtigkeit zugenommen. Die pandemische Lage bedingte vielerorts geschlossene Botschaften und führte zu einem verstärkten Unterstützungsbedarf. Die Dokumentenbeschaffung ist für die Angehörigen im Ausland schwierig, in manchen Fällen sogar unmöglich. Besonders viele Anfragen zu dem Thema gab es seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 von afghanischen Ratsuchenden, die sehr besorgt um ihre in Afghanistan weilenden Angehörigen sind. Auch die Familienzusammenführungen aus Eritrea, Somalia, Syrien und Irak nahmen in der Beratung einen großen Raum ein.

Sicherung des Wohnraums (44 Prozent): Das Thema Sicherung des Wohnraums hat im Vergleich mit dem Vorjahr (34 Prozent) noch an Bedeutung hinzugewonnen. Durch den Verlust des Arbeitsplatzes waren viele Ratsuchende von Obdachlosigkeit bedroht. Kinderreiche Familien erlebten während des Lockdowns und während Quarantänezeiten sehr belastende Situationen in beengten Wohnverhältnissen. An allen Standorten wird hervorgehoben, dass es nicht genug öffentlich geförderte Wohnungen gebe. Es wird außerdem von komplizierten Fällen aufgrund der Wohnsitzauflage für Geflüchtete und von Ausbeutung durch Vermieter berichtet.

Aufenthaltsrecht (44 Prozent): Das Aufenthaltsrecht hat im Vergleich mit dem Vorjahr (33 Prozent) stark an Wichtigkeit zugenommen. Ein sehr großes Thema war im Jahr 2021 die Einbürgerung/ Niederlassungserlaubnis, was darauf zurückzuführen ist, dass inzwischen die im Jahr 2015 angekommenen Geflüchteten die notwendigen sechs Jahre in Deutschland verbracht haben. In dem Zusammenhang nahm die Dokumentenbeschaffung im Ausland viel Raum ein. Außerdem wurde im Jahr 2021 vermerkt, welche kritischen Auswirkungen die pandemiebedingte Schließung der Ausländerbehörden hatten. Diese hatte zur Folge, dass Aufenthaltstitel nicht fristgerecht verlängert werden konnten, was wiederum nachteilige Konsequenzen für Arbeitsverträge und die Beantragung von sozialen Leistungen hatte.

Behördenangelegenheiten (42 Prozent): Auch bei diesem Thema wurde im Vergleich mit dem Vorjahr (34 Prozent) die Gewichtung erhöht. Aufgrund der Corona-Pandemie waren die Behörden weiterhin schwer zu erreichen. Die Ratsuchenden waren sehr stark auf die MBE angewiesen, um Unterstützung beim Ausfüllen von Online-Anträgen und bei der E-Mail-Kommunikation mit den Behörden zu erhalten. Diese wurde oft notwendig aufgrund mangelnder digitaler Kompetenz, fehlenden Endgeräten oder auch unzureichenden Sprachkenntnissen (bzw. sprachlichen Zugangsbarrieren), die teilweise auf hohe Zugangshürden bei Behörden stoßen.

Arbeit und Beruf (33 Prozent): Das Thema Arbeit und Beruf wurde im Vergleich mit dem Vorjahr (49 Prozent) weitaus weniger oft genannt, da die oben genannten Themen im Jahr 2021 mehr Raum einnahmen. Es mag auch daran liegen, dass die pandemiebedingten Konsequenzen für das Arbeitsleben im Jahr 2021 etwas abnahmen. Trotzdem waren weiterhin viele Menschen aufgrund der Pandemie von Kurzarbeit, Kündigung und Arbeitslosigkeit betroffen. An mehreren Standorten wird berichtet, dass Arbeitsverträge im Hinblick auf Scheinfirmen und Ausbeutung überprüft wurden.

Sprachkurse und Deutschlernen (22 Prozent): Dieses Thema wurde fast gleich oft erwähnt wie im Vorjahr (24 Prozent). Es gab einen vermehrten Unterstützungsbedarf beim Finden eines passenden (Online-)Kurses. Pandemiebedingt gab es weiterhin Unterbrechungen der Kurse bzw. Verzögerungen beim Start von neuen Kursen. Die Teilnahme an Online-Kursen gestaltete sich oft schwierig aufgrund mangelnder technischer Ausstattung oder unzureichender Medienkompetenz. Es wird berichtet, dass insbesondere der Zugang von Menschen mit Alphabetisierungsbedarf erschwert war. Durch fehlende Kinderbetreuung war es insbesondere für Frauen mit kleinen Kindern sehr schwer, an einem Kurs teilzunehmen. In manchen Familien mussten sich die Eltern mit den Kindern das Handy für den Sprachkurs und das Homeschooling der Kinder teilen. Weiterhin wird berichtet, dass sich der Zugang von EU-Bürger_innen zu Integrationskursen oft schwierig gestaltete.

Gesundheit, Erkrankungen, Traumatisierung (18 Prozent): Das Thema hat im Vergleich mit dem Vorjahr (13 Prozent) an Bedeutung zugenommen. Im Berichtszeitraum gab es viele Fragen zu Corona und Impfungen. Es wird berichtet, dass sich durch die Pandemie viele Problemlagen aufgestaut haben. Durch Arbeitslosigkeit und dem Rückzug vieler Ehrenamtlicher hatten Ratsuchende oft mit Einsamkeit zu kämpfen. Es wird außerdem berichtet, dass es aufgrund langer Wartezeiten sehr schwierig sei, einen Platz bei einem/einer Neurolog_in oder Psychotherapeut_in zu erhalten. Diese Problemlage ist im ländlichen Raum verstärkt anzutreffen. Außerdem sei es während der Pandemie sehr schwierig, Dolmetscher_innen zur Begleitung zu Arztbesuchen zu finden. Schließlich wird auch das Thema Behinderung häufig aufgeführt.

Schulden und Verbraucherfragen (11 Prozent): Dieses Thema wird, verursacht durch pandemiebedingte prekäre Lagen, fast gleichhäufig genannt wie im vorherigen Jahr (14 Prozent). Hierunter fallen insbesondere Miet-, Energie-, Handy- und Internetschulden oder Versicherungsverträge zu nachteiligen Konditionen für die Klient_innen.

Afghanistan (10 Prozent): Das Thema Afghanistan wurde für den Berichtszeitraum, bedingt durch die Machtübernahme der Taliban im August 2021, erstmalig aufgeführt. Es wird berichtet, dass die Beratungsstellen eine Vielzahl an Anfragen zu Möglichkeiten des Familiennachzugs aus Afghanistan erreichten sowie zu Ausreisemöglichkeiten für Familienangehörige, die keinen Anspruch auf einen Familiennachzug nach Deutschland haben. Die Beratungsstellen wurde zum einen von Afghan_innen kontaktiert, die bereits Kund_innen der MBE-Beratung waren. Es gab aber auch viele Anfragen von neuen Ratsuchenden. Es war für die Beratenden herausfordernd, stets die aktuellen politischen Entwicklungen zu kennen und mit der großen Sorge der Ratsuchenden konfrontiert zu sein.

Familie, Erziehung, häusliche Konflikte und Gewalt (10 Prozent): Das Thema wurde im Vergleich mit dem Vorjahr (13 Prozent) ungefähr gleich oft genannt. Bedingt durch den Lockdown, wird von einer zunehmenden Zahl von häuslichen Konflikten berichtet. Es wird auch berichtet, dass es vermehrt Kleinkinder mit Verhaltensauffälligkeiten gebe. Die Kooperation mit Frauenhäusern, Psychotherapeut_innen und Erziehungsberatungsstellen wird als sehr zeitintensiv geschildert. Unter das Thema fallen auch die Nennungen zu Eheschließung, Schwangerschaft und Geburt, Kindererziehung, Scheidung und Sorgerecht.

Fragen von EU-Bürger_innen (8 Prozent): Im Vergleich mit dem Vorjahr (13 Prozent) wurde das Thema etwas weniger oft genannt. Es wird in den Berichten geschildert, dass der Zugang von EU-Bürger_innen zu Sozialleistungen – unter anderem ALG II, Kurzarbeitergeld, Wohngeld, Kinderzuschlag und Kindergeld – und zu ALG I sowie die Verhinderung des Verlustes der Freizügigkeit weiterhin einen großen Raum in der Beratung einnahmen. Oft verlangen die Behörden

eine Vielzahl von – teilweise irrelevanten - Unterlagen von den ratsuchenden EU-Bürger_innen. Dies wird vor allem von der Familienkasse berichtet.

Kinderbetreuung und Schule (8 Prozent): Auch bei diesem Thema sind die Nennungen im Vergleich mit dem Vorjahr (11 Prozent) fast gleichbleibend. Wie im Vorjahr waren die Familien durch die pandemiebedingten Kindergarten- und Schulschließungen mit Kinderbetreuungsproblemen und dem Mangel an mobilen Endgeräten für das Homeschooling konfrontiert. Es wird auch berichtet, dass es aufgrund von Mangel an Lehrpersonal Schwierigkeiten gab, Plätze in den sogenannten „Willkommensklassen“ zu bekommen.

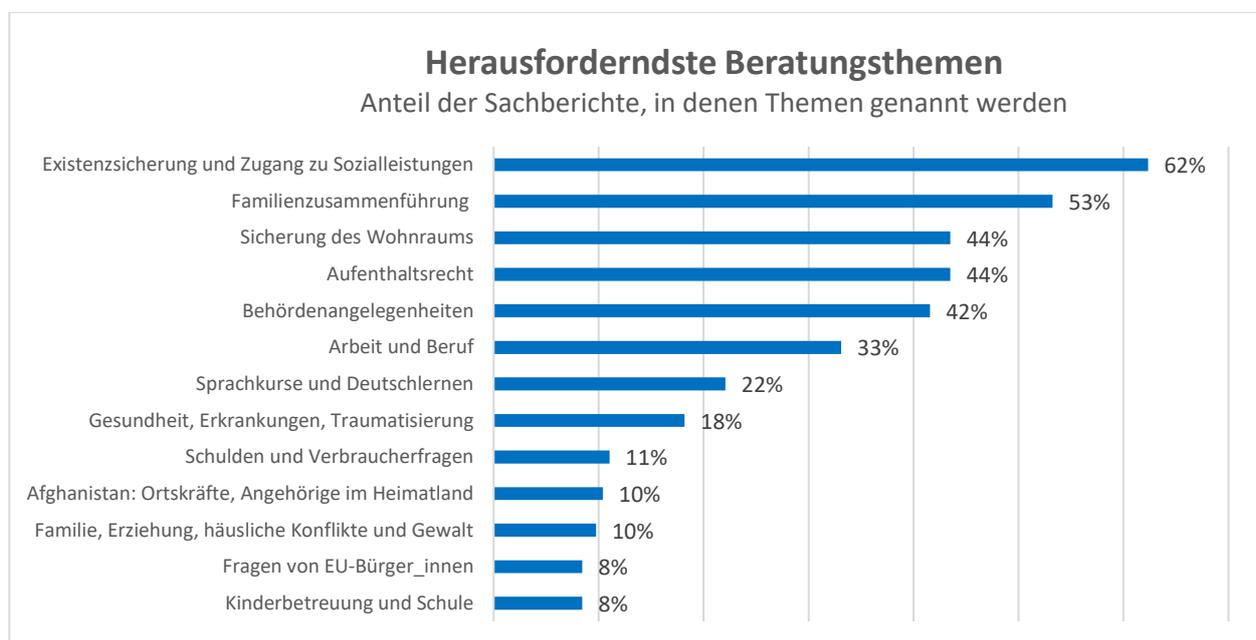


Abbildung Nr. 1

2. Fachliche Aufgaben

Neben Beratung und Gruppenarbeit sind Netzwerkarbeit, Mitwirkung an interkultureller Öffnung sowie Öffentlichkeitsarbeit fachliche Aufgaben der MBE. In den Sachberichten wurde offen gefragt, welche Aspekte dieser fallübergreifenden Aufgaben im Jahr 2021 als besonders gelungen oder innovativ bzw. besonders problematisch erachtet wurden.

Die offene Gestaltung der Fragen ermöglicht eine breite Vielfalt an Antworten. Im Folgenden werden deshalb, die häufigsten Nennungen wiedergespiegelt, auf prozentuale Verteilungen und Schaubilder wird verzichtet. Dadurch soll ein vielschichtiger Eindruck der Arbeit an den fachlichen Aufgaben (Netzwerkarbeit, Interkulturelle Öffnung und Öffentlichkeitsarbeit) entstehen.

2.1 Netzwerkarbeit

Die Netzwerkarbeit war auch im Jahr 2021 durch das pandemische Geschehen geprägt. Wie bereits im Vorjahr fand die deutliche Mehrheit der Austauschtreffen in digitaler Form statt. Zusätzlich wurde die Kommunikation mit Netzwerkpartner_innen maßgeblich über Telefonate sowie Mailverkehr geführt. Abhängig von den vorherrschenden pandemischen Hygienebestimmungen konnten Austauschformate vereinzelt in Präsenz durchgeführt werden.

Die Umstellung auf virtuelle Formate sowie telefonische Zusammenarbeit brachte nach Einschätzung der Berater_innen einige Vorteile mit sich. Durch die Ortsunabhängigkeit war ein kontinuierlicher Austausch in bereits bestehenden Netzwerken möglich. Anliegen von Adressat_innen konnten weiterhin bearbeitet werden und ein kollegialer Austausch auf fachlicher Ebene war möglich. Weitere Vorteile werden in einer Zeitersparnis gesehen, da Fahrzeiten wegfielen. Treffen konnten flexibler durchgeführt werden und Netzwerkarbeit auf Basis von Online-Formaten sogar neu belebt bzw. intensiviert werden.

Gleichzeitig wurde in den Sachberichten auch über Nachteile berichtet. Insbesondere die Zusammenarbeit mit Behörden war in vielen Fällen durch eine mangelnde Erreichbarkeit erschwert. Fehlende Sprechzeiten in Präsenz führten zu einem erhöhten Beratungsaufkommen in der MBE, da Adressat_innen keinen niedrighwelligen Zugang mehr hatten, um ihre Anliegen selbst vorzutragen. Des Weiteren wird ein fehlender informeller bzw. persönlicher Austausch zwischen Netzwerkakteuren bemängelt. Dies führte zu einem als weniger verbindlich erlebten Kontakt und zu einer veränderten Qualität des Austausches. Im Vergleich zum Vorjahr wird nurmehr selten von technischen Problemlagen berichtet.

Die Mitarbeiter_innen der MBE-Beratungsstellen waren in verschiedenen Foren, insbesondere in Arbeitskreisen, Netzwerktreffen, runden Tischen, Arbeitsgruppen und anderen kommunalen Gremien aktiv und hatten darüber hinaus persönliche Kontakte und fallbezogene Absprachen mit einzelnen Netzwerkpartnern. Zu den am häufigsten genannten Netzwerkpartner_innen zählten verschiedene behördliche Stellen (Stadt, Kommune, Landkreis, Ausländerbehörde, usw.) sowie die Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Jobcenter, ARGE). In NRW wurde zudem die Kooperation mit dem kommunalen Integrationsmanagement dargelegt, die sich aufgrund einer schwierigen Zuständigkeitsabgrenzung in einigen Fällen als herausfordernd gestaltete. Mit einer großen Anzahl sind zudem in den Sachberichten vertreten: Migrationsdienste (insbesondere MBE, JMD), Beratungsstellen anderer Verbände der freien Wohlfahrtspflege sowie innerverbandliche Fach- und Regeldienste. Weitere Netzwerkpartner_innen waren Beratungsstellen anderer Träger, einige mit zielgruppenspezifischer Ausrichtung auf Frauen (z.B. Frauenberatungsstelle, Frauenhaus).

Häufig genannt wurden außerdem Integrations- und Sprachkursträger sowie weitere Bildungsträger und Einrichtungen, darunter vor allem Kitas, Schulen und Volkshochschulen. Außerdem fand eine Zusammenarbeit mit Integrationsbeauftragten, Ehrenamtlichen und Vereinen statt. Des Weiteren wurden genannt: Einrichtungen der gesundheitlichen und sozialen Versorgung, Jugendämter sowie Akteure der Arbeitsmarktintegration.

2.2 Mitwirkung an interkultureller Öffnung

Die Mitwirkung an der interkulturellen Öffnung musste ebenfalls pandemischen Bedingungen angepasst werden. Dies bedeutete weniger persönlichen Austausch und die Durchführung von Veranstaltungen mit einer meist geringen Personenanzahl.

Am häufigsten wurde aufgeführt, dass die interkulturelle Öffnung im Rahmen von Aktionen und Veranstaltungen (Interkulturelle Woche; Aktionstag) sowie Gremien- und Netzwerkarbeit thematisiert wurde.

Daneben wurde die Sensibilisierung von Verwaltung und die Arbeit im eigenen Haus bzw. Verband häufig genannt, die sich unter anderem in der Ausgestaltung von Strukturen sowie verschiedenen Workshop-Angeboten zeigte. Auch individuelle Kompetenzen der Berater_innen wurden nutzbar gemacht, die Prozesse der interkulturellen Öffnung aufgrund der eigenen Haltung, Wissen sowie Sprachkenntnissen erleichtern. An einigen Stellen ist der Übergang zur Öffentlichkeitsarbeit fließend, bspw. wenn mehrsprachige Informationsmaterialien erstellt und verteilt wurden. Zudem wird von einem Schulungsangebot für verschiedene Zielgruppen berichtet, um das Thema der Interkulturellen Öffnung näherzubringen. Einige Standorte berichten, dass sie die Interkulturelle Öffnung als fortlaufenden Prozess erleben und (fallbezogen) im kontinuierlichen Austausch mit weiteren (Caritas-)Diensten stehen. Darüber hinaus konnte die MBE sich in mehreren Städten in die Entwicklung und Realisierung von Integrationskonzepten einbringen.

2.3 Öffentlichkeitsarbeit

Pandemiebedingt gestaltete sich die Durchführung öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen als herausfordernd. Dennoch ist die Durchführung von Veranstaltungen (Interkulturelle Woche; Stadtteilstadt) das Format der Öffentlichkeitsarbeit, das am häufigsten genannt wurde. Im Rahmen dessen fanden häufig Gespräche mit Politiker_innen statt, um auf die aktuelle Situation der MBE sowie Bedarfe aufmerksam zu machen. Oftmals bildeten die MBE-Aktionstage den Anlass für Pressearbeit. Infolge von Pressemitteilungen erschienen Artikel in (Lokal-)Zeitungen, die sich mit den aktuellen Entwicklungen innerhalb der Beratungspraxis auseinandersetzten.

Auch die Aktualisierung und die Weitergabe von (mehrsprachigen) Flyern diente der Öffentlichkeitsarbeit. Trotz der pandemischen Lage konnten einige Standorte Informationsveranstaltungen

in Präsenz durchführen. Zusätzlich kommunizierten viele Beratungsstellen über ihre Internetpräsenz ihre Angebote und Erreichbarkeit. Vor allem in Integrationskursen wurde über das Angebot der MBE informiert.

Auch Social-Media-Kanäle wurden in die Öffentlichkeitsarbeit eingebunden, hier vor allem Facebook. Einige Beratungsstellen erprobten zudem neue Formate, wie zum Beispiel das Drehen von Videos und Imagefilmen.

Auch die durchgängige Erreichbarkeit der Beratungsstellen wurde hervorgehoben. Die transparente Kommunikation von Öffnungs- und Beratungszeiten sowie die gut gelegenen Standorte der Beratungsstellen trugen zu einer Bekanntheit des Angebots bei. Hilfreich waren zudem Ausgänge, Visitenkarten sowie Informationsweitergabe über Newsletter. Zusätzlich trugen Adressat_innen sowie Kooperationspartner_innen zur Bekanntheit des Angebots bei. Ergänzend konnte auf die Online-Beratung als Medium der Öffentlichkeitsarbeit zurückgegriffen werden.

3. Online-Beratung

Die Frage nach der Online-Beratung wurde im Jahr 2021 erstmals aufgegriffen. In einigen Berichten wurde sie nicht oder nur teilweise beantwortet. Dies mag daran liegen, dass in 23 Prozent der Berichte angegeben wurde, dass (noch) keine Online-Beratung an dem jeweiligen Standort angeboten wird. Nicht nur die Nutzung der Caritas-Online-Beratungsplattform wird als Online-Beratung betrachtet, sondern – gemäß der Definition im MBE-Controlling – auch Korrespondenz via E-Mail oder Messenger Dienste.

Chancen

In Abbildung Nr. 2 sind Chancen aufgeführt, die MBE-Berater_innen in der Online-Beratung sehen. Gerade die zeitliche Flexibilität, die die Online-Beratung bietet, wird als großer Vorteil betrachtet. Auch die Ortsunabhängigkeit wird in vielen Berichten als sehr positiv hervorgehoben. Diese ist besonders relevant für Klient_innen, die nicht mobil sind, die sich im ländlichen Raum oder in Quarantäne befinden oder kleine Kinder haben. Viele Beratende sehen die Online-Beratung als wichtige und nützliche Ergänzung zur Präsenzberatung im Sinne des Blended Counseling.

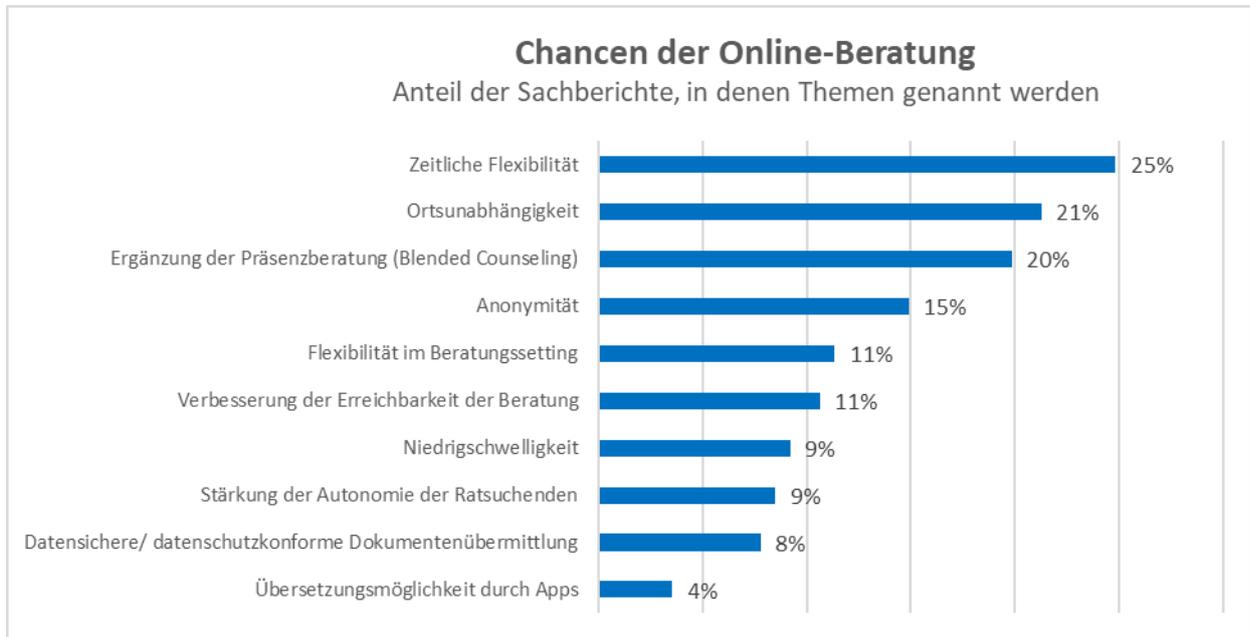


Abbildung Nr. 2

4. Welche Fort- und Weiterbildungsbedarfe in Bezug auf Ihre MBE-Aufgaben sehen Sie?

Die im Jahr 2021 von den Beratenden aufgeführten Fort- und Weiterbildungsbedarfe ähneln sehr stark denjenigen vom Vorjahr. Geringe Unterschiede bestehen in der Häufigkeit der Nennungen. Wie im Jahr 2020 wurden die Themenbereiche Ausländerrecht inklusive Aufenthaltsrecht an erster Stelle und Sozialrecht und Sozialleistungen an zweiter Stelle mit Abstand am häufigsten nachgefragt.

In dem Bereich **Ausländerrecht inklusive Aufenthaltsrecht** (40 Prozent) wurden im Jahr 2021 mehrere Unterthemen genannt, die mit den herausfordernden Themen in der Beratung zusammenhängen, wie Niederlassungserlaubnis/ Einbürgerung – was ungefähr von einem Drittel angefragt wurde -, Identitätsklärung und Passbeschaffung.

An zweiter Stelle der Nennungen steht im Jahr 2021 das Thema **Sozialrecht und Sozialleistungen** (38 Prozent). Dabei sind insbesondere Fortbildungen zu Leistungen, die unter das SGB II, III und XII fallen, nachgefragt. Das Thema Kindergeld ist ein „Dauerbrenner“. Auch Corona-Beihilfen, insbesondere für Familien, sind von Interesse für die Beratenden.

An dritter Stelle der Nennungen steht das **EU-Freizügigkeitsgesetz** (26 Prozent), welches im Vergleich mit dem Vorjahr (32 Prozent) etwas weniger nachgefragt wird. Hierbei geht es besonders um aufenthalts- und arbeitsrechtliche Aspekte und den Zugang zu Sozialleistungen wie

Kranken- und Rentenversicherung sowie Kindergeld. Außerdem wurden die Auswirkungen des Brexits auf die MBE-Beratung thematisiert.

An vierter Stelle der Nennungen steht wie im Vorjahr das Thema **Familienzusammenführung** (24 Prozent). Aus gegebenem Anlass werden insbesondere zur Familienzusammenführung aus Afghanistan Fortbildungen gewünscht.

Es ist festzustellen, dass das Thema Digitalisierung/ neue Medien jedes Jahr an Wichtigkeit zunimmt. Sicher beschleunigt durch die Umstände der Corona-Pandemie geben mehr und mehr Beratende an, ihre digitalen Kompetenzen im Hinblick auf die Aktenführung, Online-Beratung und einen Blended Counseling Ansatz verbessern und auch die Medienkompetenz der Ratsuchenden fördern zu wollen.

Neu im Jahr 2021 ist ein Fortbildungsbedarf zur aktuellen politischen Lage in Afghanistan. Herkunftslandspezifische Schulungen zu Fluchtursachen werden insgesamt stärker als im Vorjahr angefragt. Neben Afghanistan werden der Nahe Osten und afrikanische Länder aufgeführt (siehe Abbildung Nr. 3).



Abbildung Nr. 3

Freiburg, 17.08.2022

Deutscher Caritasverband e. V.

Referat Migration und Integration, Julia Gestrich und Katharina Weiser